WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden — Ausgabe Mai 2016

Miethaie mit großem Appetit

Auf dem deutschen Immobilienmarkt herrscht Fusionsfieber. Immer größere Giganten entstehen. Die Deutsche Annington übernahm 2015 für vier

Milliarden Euro den Konkurrenten GAGFAH. Der Konzern heißt nun Vonovia und herrscht über rund 370 000 Wohnungen. Die einschlägigen Wirtschaftsmeldungen klangen begeistert.
Die Übernahme der GAGFAH zahle sich schneller als erwartet aus, hieß es. Die Gewinnerwartungen der Vonovia steigen um 20 bis 30 Millionen Euro auf nunmehr 590 bis 600 Millionen Euro an. Freuen könnten sich die Aktionäre über ihre zu erwartenden Dividenden.

Keine einzige Wohnung entsteht durch diese Zusammenschlüsse. Die erwarteten Gewinne entstehen durch noch schlechteren Service, eingeschränkte Unterhaltung und Mieterhöhungen. Diese Großvermieter haben nicht das Wohl ihrer Mieter, sondern ihrer Aktionäre im Blick. Sie verhalten sich anders als kommunale und genossenschaftliche Unternehmen.

Eig. Foto: Noch das alte Firmenschild

Wohnhaus:
Gegen mehr Wohnraum

Eine Studie des Pestel-Instituts ergab einen erheblichen Bedarf an neuen Wohnungen im Kreis Minden-Lübbecke und forderte einen Neustart des sozialen Wohnungsbaus,. Das wurde von der Wohnhaus Minden entschieden zurückgewiesen. Das ist nicht verwunderlich, Wohnungsmangel nutzt nur den Miethaien. Die Wohnhaus Minden kann nur vor diesem Hintergrund ihre Mietsteigerungen durchsetzen.

Günstiger Wohnraum ist auch in Minden bereits knapp und wird noch knapper werden.

Notwendig ist auch in Minden ein Neustart des sozialen Wohnungsbaus, wie es u.a. die Gewerkschaft IG BAU fordert. Und das sollte am besten in kommunaler Hand geschehen. Nur dann hat die Stadt Minden wieder Einfluss auf den Wohnungsmarkt und die Entwicklung der Mieten.

Im Rathaus scheint bei dem einen oder anderen der Gedanke aufzutauchen, dass der seinerzeitige Verkauf der Wohnhaus ein Fehler war.
Dann sollten daraus zügig die richtigen Konsequenzen gezogen werden.

90.000 demonstrierten am 23. April in Hannover gegen die geplanten Abkommen der EU mit USA (TTIP) und mit Kanada (CETA). Obama und Merkel besuchten die Hannover-Messe und machten daraus eine Werbeveranstaltung für TTIP. Anlass genug für ein breites Bündnis, den Protest gegen TTIP auf die Straße zu tragen. Die Beteiligung an dieser regionalen Aktion übertraf alle Erwartungen. Der Widerstand wächst und er kann erfolgreich sein.

CETA: Mit Tricks gegen die Bevölkerung

Das Abkommen der EU mit Kanada ist fertig. Die EU-Kommission will es in Kraft setzen, ohne dass die Parlamente der Mitgliedsstaaten vorher darüber abstimmen können.
Wirtschaftsminister Gabriel findet das sogar ganz in Ordnung.

Dieses Abkommen stellt Konzerne über Staaten. Sie können Staaten auf Schadensersatz verklagen, wenn deren Beschlüsse ihre Gewinnaussichten verringern. Damit können alle Schutzrechte angegriffen und neue wirksam verhindert werden.
Demokratische Einflussnahme wird damit ausgehebelt.

Soziale und Arbeitsrechte sind in dem Vertrag nicht gesichert. Kündbar ist er, aber die Klagerechte der Konzerne sollen danach noch 20 Jahre weiter bestehen.

Was wir brauchen, sind Schutz– und Klagerechte gegen Konzerne, wenn sie Umwelt, Verbraucherschutz und die Rechte der Beschäftigten missachten.
Aber zunächst muss dieser Vertrag verhindert werden. Die Chancen dafür sind nicht schlecht, wenn unser Widerstand noch stärker wird.

Altersarmut: Vorhersehbar und gewollt

Immer mehr Rentnerinnen und Rentner müssen zur Tafel gehen, um über die Runden zu kommen. Auch in der Wärmestube der Caritas sind sie häufiger anzutreffen. Immer mehr müssen von der Grundsicherung leben. Allerdings verzichtet die Hälfte der armen Alten darauf, einen Antrag auf Grundsicherung zu stellen.

Wer mit seiner Rente knapp über der Grundsicherung liegt, hat es noch schwerer. Er bekommt keinerlei Unterstützung für Miete und dergleichen. Zunehmend müssen ältere Menschen ihre Rente mit Minijobs aufbessern. Und auch das geht nur solange, wie es gesundheitlich noch zu bewältigen ist.

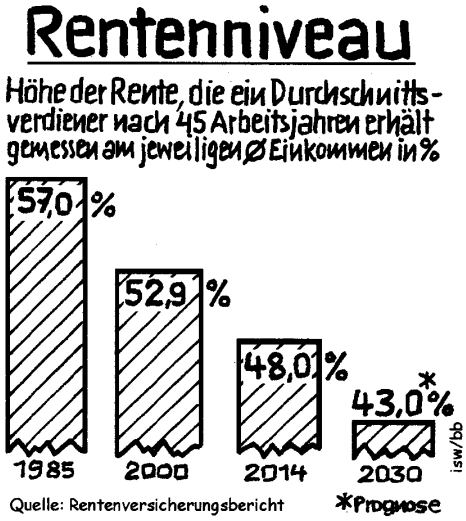
Diese Entwicklung wird dramatisch zunehmen. Sie wird insbesondere unsere Region, den Kreis Minden-Lübbecke, betreffen, da hier die durchschnittlichen Löhne geringer sind als in NRW oder ganz Deutschland.

Diese Entwicklung ist keinesfalls überraschend.

Es gab einmal eine Zeit, da die Rente meistens einen erträglichen Lebensstandard absicherte. Doch das wurde mit den „Reformen“ der SPD-Grünen-Regierung im Zuge der „Agenda 2010“ beendet. Übrigens unter dem Beifall und mit Unterstützung der CDU, CSU und FDP.

Die Lobbyarbeit der Versicherungskonzerne war erfolgreich. Die gesetzliche Rente wurde zugunsten einer kapitalgedeckten privaten Rentenversicherung gekappt. Freuen konnten sich darüber auch alle Unternehmer. Der sogenannte Arbeitgeberanteil an der Rentenversicherung wurde auf 11 Prozent gedeckelt und damit die Löhne und Gehälter gesenkt. Die private Vorsorge und alle künftigen Erhöhungen der Rentenbeiträge mussten nun die Beschäftigten allein schultern.

Die private Vorsorge, Riester-Rente genannt, hat sich inzwischen wie vorhergesagt als Flop erwiesen. Wer in Grundsicherung gerät, hat von seinen jahrelangen Einzahlungen gar nichts mehr; die Riester -Rente wird angerechnet.



Zudem wurde damals eine Reihe von Rechentricks eingeführt, um die künftigen Renten weiter zu verringern. Später kam noch die Besteuerung der Renten hinzu.

Ob jung oder alt: Es wird Zeit, gemeinsam politisch gegen zu steuern. Dazu gehört, das Wuchern prekärer Beschäftigung wie Leiharbeit, Werkverträge, unfreiwillige Teilzeit und den gesamten Niedriglohnbereich zurückzudrängen.
Die Beiträge zur Rentenversicherung müssen wieder paritätisch erfolgen, also auch der sogenannte Arbeitgeberanteil muss steigen.
Alle Rentenkürzungen sind zurückzunehmen. Die DKP fordert die sofortige Erhöhung des Rentenniveau auf 53 Prozent.
Mit der Politik der „Agenda 2010“ muss gebrochen werden. Reförmchen helfen nicht.
Und alle Vorstöße, die Altersarmut zur weiteren Heraufsetzung des Rentenalters zu missbrauchen, sind entschieden zurückzuweisen!

Die Drohkulisse der vielen Alten, die unterhalten werden müssen, gilt nicht. Auch Kinder und alle, die nicht arbeiten, müssen unterhalten werden. Ein steigendes Sozialprodukt, das mit immer weniger Arbeitsstunden erstellt wird, macht das möglich.
Die zentrale Frage lautet, wer eignet sich den von den Beschäftigten geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum an?

Höhere Löhne für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie nutzen auch den Rentnerinnen und Rentnern.
Nicht Jung gegen Alt, sondern die Interessen derer, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, müssen gegen die Interessen des Kapitals an Maximalprofiten durchgesetzt werden.

Sofortprogramm der DKP
Gemeinsam kämpfen für unser Recht auf Frieden, Arbeit , Bildung und bezahlbaren Wohnraum!
Gleiche Rechte für alle –unabhängig von der Herkunft!
http://www.unsere-zeit.de/

Melitta. Profit. Mehr

Mit der vierten Eigentümergeneration wird der Laden umgekrempelt. Nicht etwa, weil der Betrieb unrentabel wäre, ganz im Gegenteil. Aber es soll noch mehr aus der Belegschaft herausgequetscht werden.

Also wird schon mal Cofresco nach Polen verlagert, dort sind die Löhne niedriger als bei uns. Damit braucht man aber die Logistik auch nicht mehr.

Die Liste der Grausamkeiten ist noch länger. Das Motto „Mission 2020“ wurde dafür ausgedacht..

Sehr günstig ist es dann, wenn der Betrieb in viele selbständige Teile zergliedert worden ist. Denn Sozialpläne müssen nur jeweils von den selbständigen Teilbetrieben finanziert werden. Der ganze Betrieb Melitta und damit seine Eigentümer kommen ungeschoren davon.

Sozialticket wenig sozial

Nun soll es 35 Euro im Monat kosten. Der Begriff Sozialticket ist nicht mehr ganz angemessen. Denn der gesamte Betrag, den ein Bezieher von Hartz IV monatlich für Mobilität zur Verfügung hat, beträgt ganze 25,45 Euro. Diese ab 1. August geltende Regelung ist also immer noch zu teuer.
Immerhin gab es im Mindener Stadtrat eine Reihe von Gegenstimmen gegen diese wenig soziale Regelung

UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

Die UZ online:
www.unsere-zeit.de

Hinter der Fassade der AfD

Im ersten Programmentwurf der AfD wurde die **Privatisierung der Arbeitslosenversicherung** und die **Abschaffung der gesetzlichen Unfallversicherung** gefordert. Das war dann doch wohl allzu offenkundig gegen die Interessen der Beschäftigten gerichtet, die man als Wähler haben will.

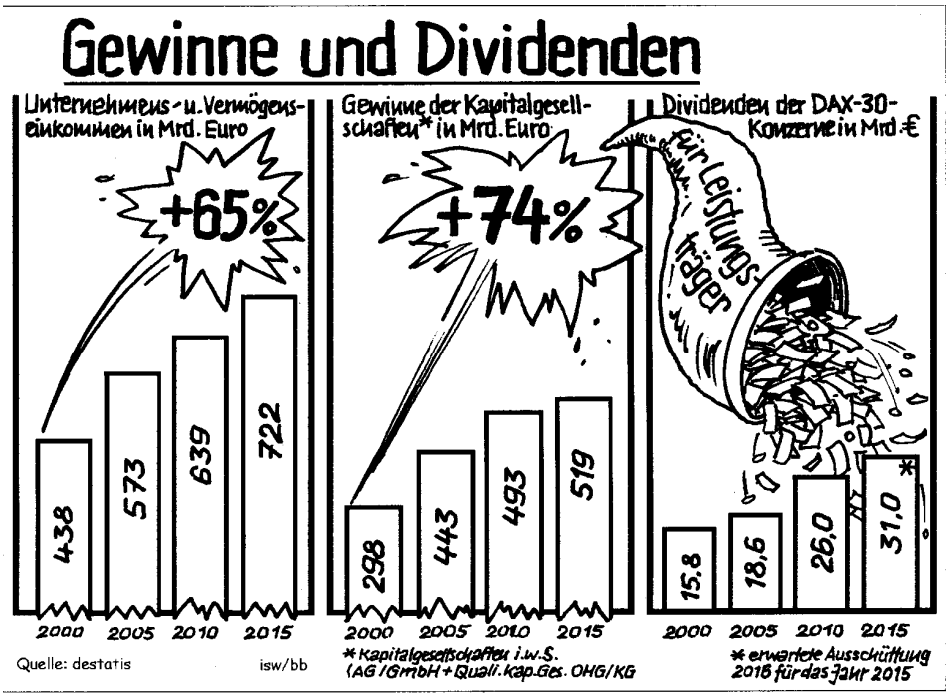
Die AfD ist **gegen Gewerbe-, Erbschafts- und Vermögenssteuer**. Sie will also Entlastungen für Vermögende und Reiche. Sie fordert die **Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen** Die Bundeswehr soll weiter aufgerüstet werden, der **Klimaschutz beendet** werden.
Nach Uwe Witt (Bundesvorsitzender und stellvertretender Sprecher des AfD-Kreisverbandes Unna) sollten nur " langjährig Beschäftigte" Hartz IV als "gestaffelte Geldleistung" erhalten. Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I soll gekürzt werden; die Bundesagentur für Arbeit soll aufgelöst werden.
Bei der Familienpolitik würde die AfD auch gerne das Rad zurückdrehen. Sie wettert gegen "staatliche Institutionen wie Krippen, Ganztagsschulen, Jugendämter und Familiengerichte". Frauenförderung lehnt sie ab.

Wer AfD wählt, wählt gegen seine eigenen Interessen als Beschäftigter, Erwerbsloser, Rentner oder Heranwachsender. Die AfD steht für soziale Ausgrenzung. Sie nutzt die Vorbehalte gegen Flüchtlinge nur für ihre unsoziale und rassistische Stimmungsmache.

Mit rassistischer Stimmungsmache gegen Muslime versucht sie die Benachteiligten in unserer Gesellschaft gegen einander auszuspielen. Und damit lenkt sie von den Ursachen und Urhebern der sozialen Probleme und der sozialen Unsicherheit ab.

Nicht die Zahl der Flüchtlinge ist schuld an unserer Wohnungsmisere oder den Kürzungen in der kommunalen Daseinsvorsorge, sondern die Politik der Reichtumspflege. Fehlende Arbeitsplätze, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungen ohne sichere Perspektive sind dem Profitstreben des Kapitals geschuldet. Kein Thema für die AfD.

Konzerne platzen vor Geld



Allein die fünf reichsten deutschen Milliardärs-Familien besitzen über 100 Milliarden Euro. Das ist mehr als die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung hat.

In keinem großen Industrieland werden Vermögen so gering besteuert wie bei uns. Absichtlich werden zu wenig Steuerprüfer eingestellt.

Eine Millionärssteuer würde allein bei den reichsten 500 Deutschen zu Steuereinnahmen von 33 Milliarden Euro führen.

Zum Vormerken:

Arbeit 4.0: Chance-Gefahr-Herausforderung?

Vortrag und Diskussion

Montag 18. Juli um 19:30 Uhr im Mehrzweckraum des BÜZ

Schnapsidee

Das Bürger-Bündnis Minden (BBM) will die Gewerbesteuer in Minden senken. Der Fraktionspartner FDP hat sich dieser Forderung bereits angeschlossen.

Eine Haupteinnahmequelle der Stadt würde damit geschmälert werden. Das wäre ein weiteres Steuergeschenk an Gewerbetreibende - in erster Linie an die großen Betriebe.

Die Vorstellung, ein paar Punkte Unterschied in der Gewerbesteuer wären ausschlaggebend für die Ansiedlung neuer Betriebe sein, ist unbewiesen.

In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation, wie wir sie durchleben, sind kräftige Erhöhungen von Löhnen, Renten und Sozialleistungen und mehr öffentliche Investitionen z.B. in Bildung, Gesundheit, Wohnen, Klimaschutz und öffentlichen Nahverkehr notwendig.

Dieses Geschenk käme zu einer Zeit, in der die Stadt aufgrund des Diktats des sogenannten Stärkungspakts gezwungen wird, an allen Ecken und Enden zu kürzen. Immer noch droht die Heraufsetzung der Grundsteuer, die das Wohnen weiter verteuert.

Wenn Minden nun in den kommenden Jahren insgesamt 2,6 Millionen Euro aus dem Landesförderprogramm für die Integration von Flüchtlingen erhält, so ist das zu begrüßen. Einige wichtige Maßnahmen in Rodenbeck und Bärenkämpen können damit finanziert werden.

Doch reichen auch diese Mittel in keiner Weise aus, um allen Menschen, vor allem den Kindern und Jugendlichen dieser Stadt, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Bildung und Kultur zu sichern.

Bleibt am Schluss die Frage: Sind die Rufe nach Steuersenkungen für das Kapital nur Ausdruck von Naivität oder gezielte Interessenpolitik?

130 Milliarden mehr

Geplant wird die größte Aufrüstungsoffensive in der Geschichte der Bundeswehr. In den kommenden 15 Jahren sollen 130 Milliarden Euro mehr ausgegeben werden. Auf der Wunschliste stehen mehr als 1500 Rüstungsprojekte und 2507 Panzer.

Schon im kommenden Jahr 2017 soll der Rüstungshaushalt von 34,2 Mrd. in diesem Jahr auf 36,9 Mrd. kräftig steigen.

In den kommenden vier Jahren soll der Etat um 10,2 Milliarden Euro aufgestockt werden.
Die weitere Aufrüstung hat Merkel erst jüngst bei der Hannover-Messe Obama versprochen.
Noch mehr Auslandseinsätze sollen möglich werden. Möglichst überall auf der Welt.

Jetzt wissen wir, wofür die Medienkampagne von der angeblich mangelnden Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und ihren angeblich maroden Waffen gedient hat. Sie sollte Verständnis für die Aufrüstungswelle schaffen.

Geld fehlt an allen Ecken und Enden. Es müsse eben gespart werden, so wird uns erzählt. Die Kommunen leiden Not, soziale Dienstleistungen werden eingeschränkt, prekäre Beschäftigung greift auch im öffentlichen Dienst um sich. Die Mittel für KiTas und Schulen sind unzureichend. Ausreichende Mittel für den dringend notwendigen sozialen Wohnungsbau werden nicht bereit gestellt. Aber für die Rüstung wird immer mehr Geld ausgegeben.

Das geht nicht ohne weitere Verarmung und weiteren Sozialabbau.

Daher sind Gewerkschaften herausgefordert, sich als aktiver Teil einer Bewegung für Frieden und Abrüstung zu verstehen

Alternativen:

Wer Fluchtursachen bekämpfen will, muss zuerst Kriege und Waffenexporte stoppen.
Der muss ernsthafte Beiträge gegen die Klimakatastrophe leisten.
Der muss sich für einen gerechten Welthandel einsetzen.
Kein „Weiter so!“ wird uns helfen. Gefragt sind Alternativen. Sie sind vorhanden. Wir brauchen die Debatten darüber und den Mut, für sie einzutreten.

Die Macht der Banken und Konzerne muss zurückgedrängt und überwunden werden.

„Die Durchsetzung der elementraren Menschenrechte für alle Bewohner dieser Erde ist nur in einer Gesellschaft zu verwirklichen, die auf dem Gemeineigentum an Produktionsmitteln beruht und in der Demokratie mit der politischen Macht des arbeitenden Volkes verwirklicht wird.“ (Aus dem Programm er DKP)

DKP **Minden**

dkp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.: G. von der Ahe, Brahmsweg 11, 32427 Minden